



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Integrationsrat	08.11.2010	
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales	15.11.2010	
Ausschuss Soziales und Senioren	02.12.2010	

### Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### Einbürgerungskampagne

Der Integrationsbeauftragte des Landes Nordrhein Westfalen hatte im Rahmen des Integrationskongresses am 26.11.2008 in Solingen die Einbürgerungsbehörden des Landes dazu aufgefordert, durch gezielte Maßnahmen Migrantinnen und Migranten für die Einbürgerung zu gewinnen. Die Stadt Köln hatte diese Anregung aufgegriffen und ergänzend zu den durch Bund und Land erstellten Einbürgerungsbroschüren einen Flyer erstellt, der Interessenten durch das Verfahren führt. Der Flyer wurde zwischenzeitlich öffentlich zugänglich gemacht.

Weiterhin bestand die Absicht, sich an einem Projekt der Ruhr Universität Bochum zu beteiligen. Ziel des Projekts „Einbürgerungsabsichten von Migranten – eine vergleichende Städtetestudie in Nordrhein-Westfalen“ sollte sein, in mehreren nordrhein-westfälischen Städten die Einstellung von Migranten zur Frage der Einbürgerung zu untersuchen. Die Teilnahme an der Studie wäre für die Stadt Köln kostenlos gewesen.

Über diese Aktivitäten wurden in den Sitzungen

- des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 07.12.2009,
- des Ausschusses für Soziales und Senioren am 14.01.2010 und
- des Integrationsrates am 02.03.2010

berichtet. Da sich das Projekt der Universität Bochum seinerzeit noch im Planungsaufbau befand, konnte hierzu noch nicht abschließend berichtet werden.

Die Ruhr Universität Bochum hat jetzt nach mehrfachen Rückfragen mitgeteilt, dass das Projekt nicht zu Stande kommen wird. Die beantragten Fördermittel wurden von der Mercator Stiftung nicht zur Verfügung gestellt. Die Mittel wären jedoch für die Umsetzung des Projekts zwingend erforderlich gewesen. Da durch die Stadt Köln auf diese Entscheidung nicht Einfluss genommen werden kann, ist das Projekt als erledigt zu betrachten. Es verbleibt damit dabei, dass sich die Stadt Köln auf die Verbreitung und Anpassung des erstellten Flyers zum Einbürgerungsverfahren konzentriert.

gez. Kahlen